

**Satzung der Gemeinde Pinnow
über die Erhebung von Gebühren zur Deckung der Verbandsbeiträge
des Wasser- und Bodenverbandes „Obere Warnow“**

Aufgrund des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. Juni 2004 (GVOBl. M-V S. 205), des § 3 des Gesetzes über die Bildung von Gewässerunterhaltsverbänden (GUVG) vom 4. August 1992 (GVOBl. M-V S. 458), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. November 2001 (GVOBl. M-V S. 448) sowie der §§ 1, 2, 6 und 7 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) vom 1. Juni 1993 (GVOBl. M-V 522, berichtigt GVOBl. S. 916), geändert durch Gesetz vom 22. November 2001 (GVOBl. M-V S. 438) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 23. August 2004 folgende Satzung erlassen:

**§ 1
Allgemeines**

- (1) Die Gemeinde Pinnow ist Mitglied des Wasser- und Bodenverbandes „Obere Warnow“, der entsprechend § 63 Abs. 1 Nr. 2 des Wassergesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LWaG) vom 30. November 1992 (GVOBl. M-V S. 669), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2003 (GVOBl. M-V 2004 S. 2), in Verbindung mit § 29 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 12. November 1996 (BGBl. I S. 1696), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juni 2002 (BGBl. I S. 1914, ber. S. 2711), die Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung wahrnimmt. Dem Verband können gemäß § 4 GUVG weitere Aufgaben obliegen.
- (2) Die Mitgliedschaft der Gemeinde besteht für die der Grundsteuerpflicht unterliegenden Flächen. Außerdem erstreckt sich die Mitgliedschaft auf gemeindeeigene Grundstücke, auch wenn sie keiner Grundsteuerpflicht unterliegen.
- (3) Die Gemeinde hat dem Verband aufgrund des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz – WVG) vom 12. Februar 1991 (BGBl. I S. 405) und der Verbandssatzung Verbandsbeiträge zu leisten, soweit dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist.

**§ 2
Gegenstand der Gebühr**

- (1) Die von der Gemeinde nach § 1 Abs. 3 zu leistenden Verbandsbeiträge werden nach den Grundsätzen des § 6 Abs. 1 bis 3 des Kommunalabgabengesetzes durch Gebühren denjenigen auferlegt, die Einrichtungen und Anlagen des Verbandes in Anspruch nehmen oder denen der Verband durch seine Einrichtungen, Anlagen oder Maßnahmen Vorteile gewährt. Als bevorteilt in diesem Sinne gelten gemäß § 3 Satz 3 GUVG die Eigentümer, Erbbauberechtigten oder sonstigen Nutzungsberechtigten der grundsteuerpflichtigen Grundstücke im Gebiet der Gemeinde. In den Fällen des § 1 Abs. 2 Satz 2 ist die Gemeinde bevorteilt.
- (2) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist grundsätzlich das Grundstück im grundbuchrechtlichen Sinne. § 3 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.
- (3) Zum gebührenfähigen Aufwand gehören neben den Verbandsbeiträgen auch die der Gemeinde durch die Gebührenerhebung entstehenden Verwaltungskosten.
- (4) Zu Gebühren nach dieser Satzung werden Gebührenpflichtige nicht herangezogen, soweit sie für das jeweilige Grundstück an den Verband selbst Verbandsbeiträge zu leisten haben.

§ 3

Gebührenmaßstab und Gebührensatz

- (1) Die Gebühr bemisst sich nach Größe (Grundstücksfläche) der Grundstücke im Gebiet der Gemeinde Pinnow. Mehrere Grundstücke eines Eigentümers/Erbbauberechtigten/Nutzers werden zusammengefasst.
- (2) Soweit eine katasteramtliche Größenfeststellung nicht nachgewiesen werden kann, erfolgt eine sachgerechte Schätzung durch das Amt Ostufer Schweriner See. Die Gebührenpflichtigen sind verpflichtet, erforderliche Unterlagen zur Verfügung zu stellen und Auskünfte zu erteilen.
- (3) Die Gebühr wird für die Jahre 2004 und 2005 auf **3,73 EUR** je angefangene 0,5 Hektar Grundstücksfläche festgesetzt. Berechnungsgrundlage sind die im Jahr 2004 an den Verband zu leistenden Beiträge sowie entstehende Verwaltungskosten.

§ 4

Gebührenpflichtiger

- (1) Gebührenpflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Entstehung der Gebührenschild Eigentümer, Erbbauberechtigter oder sonstiger Nutzungsberechtigter des Grundstücks ist.
- (2) Bei Wohnungs- und Teileigentum sind die Wohnungs- und Teileigentümer entsprechend ihrem Miteigentumsanteil gebührenpflichtig.
- (3) Eigentümer, Erbbauberechtigte oder sonstige Nutzungsberechtigte des Grundstücks sind verpflichtet, alle für die Veranlagung erforderlichen Angaben wahrheitsgemäß und rechtzeitig zu machen. Sie haben bei örtlichen Feststellungen der Gemeinde die notwendige Unterstützung zu gewähren.
- (4) Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 5

Entstehung der Gebührenschild, Erhebungszeitraum, Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Die Gebührenschild entsteht am 1. Januar des jeweiligen Jahres. Erhebungszeitraum für die Gebühr ist das Kalenderjahr.
- (2) Bei der Festsetzung für das Jahr 2004 ist die Gebühr einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig. Die Festsetzung gilt solange weiter, bis ein neuer Bescheid ergeht. In den folgenden Kalenderjahren ist die Gebühr jeweils am 15. August des Jahres fällig. Ein neuer Gebührenbescheid ist nur zu erteilen, wenn sich der in § 3 Abs. 3 festgelegte Gebührensatz oder die Bemessungsgrundlagen verändert haben oder wenn ein Wechsel in der Person des Gebührenpflichtigen eingetreten ist.
- (3) Der Gebührenbescheid kann mit anderen Bescheiden der Gemeinde über von den Gebührenpflichtigen zu leistende grundstücksbezogene Abgaben zusammengefasst werden.

§ 6

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne von § 17 des Kommunalabgabengesetzes handelt, wer den Bestimmungen des § 3 Abs. 2 Satz 2 oder des § 4 Abs. 3 dieser Satzung zuwider handelt und es dadurch ermöglicht, Abgaben zu verkürzen oder nicht gerechtfertigte Abgabenvorteile zu erlangen. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000 Euro geahndet werden.

§ 7 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2004 in Kraft.

Pinnow, 17. September 2004

Zapf
Bürgermeister

Kalkulation des Gebührensatzes zur Satzung der Gemeinde Pinnow über die Erhebung von Gebühren zur Deckung der Beiträge des Wasser- und Bodenverbandes

1. Beitragsfläche der Gemeinde (beinhaltend grundsteuerpflichtige und gemeindeeigene Flächen) laut Amtliches Liegenschaftsbuch

Gesamtfläche	1.421,9257	ha
abzüglich Wasserflächen (100 % Abzug)	303,1426	ha
dingliche Mitglieder	13,1889	ha
bereinigte Fläche ALB Amt	1.105,5942	ha

2. Beitrag der Gemeinde an den Wasser- und Bodenverband lt. Beitragsbescheid vom 27.01.2004/Verwaltungskosten

Beitrag WBV	9.077,74	€
Verwaltungskosten	<u>1.628,72</u>	€
gesamt	10.706,46	€

3. Voraussichtliche Anzahl der Bescheide 760

4. Näherungssatz

Beitrag	10.706,46	€	
Fläche ALB	: 1.105,5942	ha	
	<u>9,683896677</u>	€ha	
rd.	9,68	€ha	
bzw.	4,84	€0,5 ha	

5. Korrekturbetrag

$$4,84 \text{ EUR} / 0,5 \text{ ha} \times 507 \text{ Bescheide} = 2.453,88 \text{ €}$$

6. Bestimmung des umzulegenden Betrages

Beitrag	10.706,46	€
abzüglich Korrekturbetrag	<u>2.453,88</u>	€
	8.252,58	€

7. Festsetzung des Gebührensatzes

	8.252,58	€	
	: 1.105,5942	ha	
	<u>7,46</u>	€ / ha	
oder	3,73	€ / 0,5 ha	

Der Gebührensatz wird mit **3,73 €** je angefangene 0,5 ha bestimmt.
Flächen eines Eigentümers werden zusammengefasst.

8. Gegenrechnung

1105,5942 ha x 7,46 =	8.247,73 €
+ 507 Bescheide x 3,73€	<u>1.891,11 €</u>
	10.138,84 €

Unter den vorgenannten Bedingungen beträgt das erwartbare Gebührenaufkommen etwa
94,70 %
des von der Gemeinde an den Wasser- und Bodenverband zu entrichtenden Betrages.

Die Satzung der Gemeinde Pinnow über die Erhebung von Gebühren zur Deckung der Verbandsbeiträge des Wasser- und Bodenverbandes „Obere Warnow“ wurde dem Landrat des Landkreises Parchim als untere Rechtsaufsichtsbehörde gemäß § 5 Absatz 4 und § 129 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) angezeigt. Der Landrat hat mit Schreiben vom 15. September 2004 keine Verletzung von Rechtsvorschriften geltend gemacht. Für die Inkraftsetzung zum 01.01.2004 wurde die Genehmigung nach § 2 Absatz 5 KAG erteilt. Somit wird die Satzung der Gemeinde Pinnow über die Erhebung von Gebühren zur Deckung der Verbandsbeiträge des Wasser- und Bodenverbandes „Obere Warnow“ hiermit bekannt gemacht.

Soweit beim Erlass dieser Satzung gegen Verfahrens- und Formvorschriften verstoßen wurde, können diese Verstöße entsprechend § 5 Abs. 5 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern nur innerhalb eines Jahres geltend gemacht werden. Die Frist gilt nicht für die Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- oder Bekanntmachungsvorschriften.

Pinnow, 06.10.2004

Zapf
Bürgermeister